

DIE ZEIT

35/2000

R E C H T S R A D I K A L I S M U S

Schläger schaffen ohne Waffen

Die offene Gesellschaft produziert ihre Feinde: Vermutungen über den "Kampf gegen Nazis"

Armin Nassehi

Auf einmal stehen alle zusammen. Die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften, die Parteien und die Fraktionen, der Bund und die Länder. Ausgelöst durch die Gewalttaten gegen Ausländer und "Fremde", geht eine Welle nicht nur der Entrüstung durch das Land, sondern auch unisono ein Appell an die Zivilgesellschaft, an die Tugend der Bürgerschaftlichkeit, den Gefahren der rechtsextremen Gewalt zu begegnen. Dagegen ist nichts zu sagen. Erstaunlich ist freilich, dass sich kaum jemand die Mühe macht, bei aller konsensverliebten Selbstvergewisserung, wir seien ein ausländerfreundliches Land und die Einzelfälle seien Einzelfälle - wenn auch zu viele -, genauer danach zu fragen, an wen sich solche Appelle eigentlich richten. An die Gewalttäter etwa?

Man wird den Eindruck nicht los, dass der Adressat all der wohl gemeinten Solidaritäts- und Toleranzadressen niemand anderes ist als jene politische und ökonomische Öffentlichkeit, die sich von den Gewalttaten geschockt zeigt. Sie fordert bis zum Bundeskanzler - neben der obligatorischen Härte des Gesetzes - vor allem eine Selbstvergewisserung als Zivilgesellschaft, als eine Gesellschaft, die sich vor allem dadurch zusammenhält, dass sich ihre Bürger an einen Werte- und Normenkonsens halten, dessen Zentrum in der liberalen Toleranz dem anderen gegenüber zu suchen ist. Man kennt keine Parteien mehr, sondern nur noch Zivile. Auch dagegen ist zunächst nichts zu sagen.

Aber die Debatte laboriert an einem paradoxen Problem. Sie präsentiert mit dem angeblichen Mangel an Werten und ihrer sozialisatorischen Umsetzung den üblichen Verdächtigen für Probleme mit prekären Lebenslagen und appelliert daran, dass sich die zivile Gesellschaft ihrer selbst bewusst wird: als ein Gemeinwesen der Zivilisierten. Wer so argumentiert, befindet sich immer schon in einer merkwürdigen Schieflage. Er wendet sich an eine Gesellschaft, die an sich selbst diagnostiziert, dass sie "eigentlich" eine zivile, eine durch entsprechende Konsense zusammengehaltene Gesellschaft sei, und muss doch sehen, dass diese Selbstbeschreibung nicht stimmt. Denn die Gewalttäter gehören ja dazu, aber auch jene, die ihnen erst jene ökologische Nische bieten, in der sie sich, wie weiland der Partisan, wie ein Fisch im Wasser fühlen können. Sie sind auch Teil dieser Gesellschaft, die man mit der schönen Selbstbeschreibung als ziviles Gemeinwesen längst in ein Niemandsland expediert hat, das man nicht nur nicht sehen kann, sondern für das es offenbar auch keine angemessenen Begriffe mehr gibt.

Wenn der Appell an Zivilität also nur die Appellanten selbst meint, dient er lediglich zur Selbstberuhigung. Er erinnert an die von Michel Foucault wunderbar beschriebene alte bürgerliche Strategie, den Wahnsinn als das Andere der Vernunft auszugrenzen, um es dann doch wieder in die Gesellschaft hereinzuholen - als schlechtes Beispiel, als Selbstbestätigung der eigenen kognitiven Urteilskraft und nicht zuletzt als eine Art personifiziertes negatives Über-Ich, dem durch entsprechende Lebensführung beizukommen ist. Diese Strategie hat sich auch davon entlastet, mit dem Wahnsinnigen kommunizieren

zu müssen, weil er ja per definitionem für Argumente und Vernunft nicht zugänglich ist. Also sperrt man die Wahnsinnigen aus (oder besser: ein) und überlässt sie sich selbst und weiß, wo die Vernunft wohnt. Und man lässt ihnen Therapien angedeihen, die sie wieder zu Sprechern, zu Vernünftigen machen. Entscheidend ist, dass die moderne, die zivile, die Bürgergesellschaft ihr Anderes, ihre dunkle Seite nur wirklich im Griff hat.

Ähnliche Wirkungen hat die gegenwärtige Zivilitätsrhetorik. Sie vergewissert sich ihrer selbst, indem sie das ganz Andere, das Gewalttätige, das Böse, das Dunkle sogar unmerklich aus dem Corpus gesellschaftlicher Erreichbarkeit ausgrenzt. Sie präsentiert sich selbst als die Ordnung der Dinge, deren Jenseits unerreichbar bleibt und deshalb ausgeblendet wird. Die Lebenslüge der Rede von der Zivilgesellschaft besteht in der Massensuggestion, die Gewalttäter seien überhaupt erreichbar. Die Zivilgesellschaft kann an sich selbst nur sehen, dass soziale Ordnung auf kognitivem Konsens aufbaut, auf Einsicht und bürgerlicher Selbstverantwortung. Und da sie sich immer dann herausgefordert fühlt, wenn die gesellschaftliche Realität ihr ihre Zivilität vorführt, reagiert sie mit Null-Toleranz-Appellen und wirbt für mehr Toleranz. Und für die Härte des Gesetzes, als sei das etwas anderes.

Der Extremismus kämpft gegen Gesellschaft schlechthin

Das Schöne an solcherart Kritik an den Verhältnissen, die ja offensichtlich sogar in der Lage ist, Kapital und Arbeit zu versöhnen, besteht darin, dass sie völlig immanent bleibt. Die Kritik ist selbst Teil des Geschehens und beruhigt die Geister. Die moralische Kritik muss wenigstens einen Konsens über die Moral voraussetzen, um wirken zu können. Das ist das Problem aller Moralphilosophie: Sie kann zwar moralische Maßstäbe begründen, nicht aber, warum man sich daran halten soll, wenn man sich nicht ohnehin daran hält. Ähnlich ist es mit der Sünde. Sie ist nur dem Gläubigen vorbehalten. Insofern erweist sich die Rede von der Zivilgesellschaft vielleicht nur in älterer Übersetzung als jene Nachfolgerin der guten, der bürgerlichen Gesellschaft, deren politischer, ökonomischer und kultureller Erfolg sicher auch darin bestand, "gesellschaftlichen Zwang in Selbstzwang" umzumünzen, wie Norbert Elias formuliert hatte, und den Einzelnen mit einem Gewissen auszustatten. Denn überhaupt ein Gewissen zu haben ist erst die Voraussetzung für ein schlechtes Gewissen - und das haben in der Debatte wohl nur die Protagonisten der Zivilgesellschaft selbst, nicht aber die Gewalttäter.

Warum aber ist der politische Extremismus, vor allem der von rechts, nicht kognitiv erreichbar? Der politische Extremismus ist keine politische Opposition. Er bewegt sich vielmehr jenseits von zivilisierten Konfliktformen. Der politische Extremismus ist auch nicht nur ein politischer Extremismus, sondern er opponiert letztlich gegen die gesellschaftliche Struktur der Moderne schlechthin. Ich nenne ihn deshalb einen gesellschaftsstrukturellen Extremismus. Politische Extremismen setzen exakt an jener modernen Gesellschaftsstruktur an, die aus den Mitgliedern moderner Gesellschaften Konkurrenten um knappe Ressourcen und Lebenschancen gemacht hat und sie in diesem Kampf immer weniger als Exemplare kollektiver Akteure - Klassen, Milieus, Familien et cetera - auftreten lässt. Man mutet ihnen zu, diesen Kampf als Fremde zu führen, letztlich auf sich allein gestellt, ohne kollektive Gegenüber. Die Konkurrenten auf dem Markt der Moderne treten kaum als homogene Gruppen, ja nicht einmal als ganze Personen auf. Der Konkurrent auf solchen Märkten ist zunächst ein abstrakter, unsichtbarer Konkurrent - unsichtbar unter anderem deshalb, weil die Konkurrenten letztlich nur in Teilen ihrer Existenz, in vergleichbaren Ausschnitten ihrer Persönlichkeit konkurrieren. Der Konkurrent um Ausbildung, Arbeit, Wohnung, soziale Sicherheit, sogar um intime Zuneigung und soziale Anerkennung ist letztlich nur eine statistisch wahrnehmbare Größe, ein Konglomerat ähnlicher Merkmale. Konkurrenten treten in der Regel als statistische Gruppen auf, nicht als soziale Gruppen. Und man sollte das nicht beklagen. Die moderne Gesellschaft nutzt die Fremdheit ihrer Mitglieder als Ressource, als eine Ressource, auf deren Boden allein jene pluralistischen und liberalen Gemeinwesen möglich sind, die wir

als das Erbe der Moderne schätzen. Eine solche Gesellschaft vergibt das bürgerliche Privileg der Fremdheit.

Die moderne Gesellschaftsstruktur nimmt uns damit aber auch die Feinde - die inneren Feinde durch Auflösung von eindeutigen Zugehörigkeiten und die äußeren Feinde durch die Globalisierung unserer Gesellschaftsstruktur. Soziale Ordnung wird damit aus der Perspektive von so genannten Modernisierungsverlierern immer weniger bestimmbar und durchschaubar. Man kann nicht mehr ausmachen, wer die da oben sind oder wo die Entscheidungen gefällt werden, auf die sich die gegenwärtige Lage rückrechnen ließe. Verantwortliche und Schuldige werden immer weniger adressierbar, und die moderne Welt scheint damit einem kulturellen Wiederverzauberungsprozess zu unterliegen: überall flüchtige Mächte und Kräfte, die wehen, wo sie wollen, unbestimmt und unbestimmbar. Exakt eine solche Bestimmbarkeit trachtet der politische Extremismus anzubieten. Sein Grundprinzip ist es, vermeintliche Feinde sichtbar zu machen, die Unsichtbarkeit der Gesellschaft zu überwinden, indem man auf Verantwortliche verweist, auf kollektive Konkurrenten, auf soziale Gruppen, deren Mitglieder man als Exemplar und nicht als Individuum wahrnehmen kann. Und schon bekommt die Gesellschaft wieder eine Struktur, wieder ein Gesicht, schon hat man ein Gegenüber. Politik ist letztlich nichts anderes, als für die Sichtbarkeit gesellschaftlich relevanter Entscheidungen zu sorgen. Politik produziert kollektive Akteure, indem sie sich und den anderen sichtbar macht. Und wie die Rhetorik der Zivilgesellschaft sich um die Sichtbarkeit der guten Gesellschaft bemüht, strebt der politische Extremismus ebenfalls nach Sichtbarkeiten - nach sichtbaren Gegnern und sichtbaren Aktionen.

Die Orientierung am Sichtbaren ist es, die die Nähe der Politik zur Dramatik, zur Inszenierung, zur Symbolik und nicht zuletzt zur Vereinfachung komplexer Zusammenhänge macht. Politik braucht charismatische Personen, einfache Botschaften, simple Konflikte und ansprechbare Kollektive, um Handlungsfähigkeit und Eindeutigkeit zu simulieren. Insofern hat sich die politische Theologie der nationalstaatlichen Botschaften stets mit der politischen Ästhetik ihrer inszenierten Sichtbarkeit verbrüderd. Und bis heute gilt: Je drastischer der politische Inhalt, desto drastischer muss dann seine Ästhetik ausfallen.

Paradigmatisch für die Ästhetik des politischen Extremismus steht letztlich die Tötung. Unmittelbare körperliche Gewalt entfaltet eine Attraktivität der Tat. Die Attraktion körperlicher Gewalt besteht darin, dass sie die Zeit verkürzt, dass sie unmittelbare Wirkungen zeitigt, dass sie - buchstäblich - kurzen Atem verursacht und keinen langen Atem verlangt. Und sie bringt Wirkungen hervor, die man durch Kommunikation, durch Argumente nicht mehr zurücknehmen kann. Sie entzieht sich der prinzipiellen Ja/Nein-Codierung der Sprache. Man kann ihr nicht widersprechen. Man muss sie nicht auslegen, interpretieren oder deuten. Sie setzt gewissermaßen absolute Markierungen in die Welt. Anders als Kommunikation verdoppelt Gewalt die Welt nicht. Sie drückt die Welt nicht aus. Sie muss sich nicht um ihre angemessene Repräsentation bemühen. Anders als das Wort steht die Gewalt nicht für etwas anderes, sondern Gewalt ist, was sie tut. Sie setzt unmittelbar Schnitte, Schüsse, Schläge in die Welt. Gewalt simuliert - für einen Moment! - totale Macht, Durchsetzungsfähigkeit und Autonomie. Und sie vermittelt Erfahrungen, heute sagt man: Erlebnisse, gegen die man kognitiv und pädagogisch, also mit Medien der Selbstdistanzierung, wohl kaum ankommt. Vielleicht ist sie die andere Seite der Spaßgesellschaft des "Ich will alles, und zwar sofort". Vielleicht auch dieselbe.

Die Verletzung und Tötung eines Menschen simuliert nicht nur einen sichtbaren Adressaten, sondern materialisiert ihn geradezu als sofortiges, als sichtbares "Erlebnis". Vielleicht steht erst der tote, zumindest der verletzte Körper des Gegners für jene Ganzheit, die der politische Extremismus beschwört, denn töten und verletzen lassen sich nur wirkliche Menschen und nicht nur jene Personenausschnitte, Rollen und Qualifikationsmerkmale, mit denen wir in die moderne Gesellschaft eingewoben sind. Der politische Extremismus negiert das bürgerliche Privileg, auch als Gegner, als Antipode im Interessenstreit in Ruhe

gelassen zu werden. Er negiert das Potenzial der Fremdheit und stellt damit nicht nur politische Bekenntnisse oder demokratischen Konsens in Frage, sondern das Prinzip sozialer Ordnung schlechthin.

All das kann der Diskurs um die Zivilgesellschaft nicht sehen. Er postuliert die bürgerliche Autonomie des selbst beherrschten Individuums und sieht nicht, dass dies nicht die Voraussetzung, sondern die Folge leidlich zivilisierter Verhältnisse ist. Er sieht aber vor allem nicht, wie fasziniert er von seinem ganz Anderen ist. Fast scheint es, als habe auch dieser Diskurs endlich einen Punkt gefunden, an dem sich einfache Sichtbarkeiten konstruieren lassen. Er findet in den braunen Horden ein Gegenbild, eine Art funktionales Äquivalent für den Wahnsinn, nachdem man ja die Wahnsinnigen nicht mehr ohne weiteres wegsperret. Die anständige, die "gute" Gesellschaft, die Zivilgesellschaft nimmt sich als solche wahr, weil auch sie endlich ein Gegenüber gefunden hat, ein Anderes, das ihr als Gegenbild, als Unterscheidungsmerkmal dienen kann. Und auch sie kostet die Gewaltnähe aus - aus der Ferne, zugleich erschreckt und nicht ohne wohliges Schaudern.

Besteht die erste Lebenslüge der Zivilgesellschaft darin, dass der Diskurs gerade das hereinholen könnte, was sich dem Appell an Zivilität geradezu kategorial entzieht, so liegt die zweite Lebenslüge darin, dass wir in der Fratze der schlagenden Banden immer nur das ganz Andere entdecken wollen, nicht aber die klaffende Wunde des europäischen Nationalstaatsmodells, die dieses spätestens seit der Französischen Revolution quält. Es ist die Wunde der Differenz von Mensch und Bürger, von universalen Menschenrechten und partikularen, nationalen Bürgerrechten. Die europäischen Nationen haben sich stets in der Abgrenzung gegeneinander wahrgenommen. Sie haben ihre unbestreitbaren politischen, ökonomischen und kulturellen Erfolge stets mit jenen Einheits- und Reinheitsfantasien unterfüttert, die die militärischen und kolonialen Katastrophen des 19. und 20. Jahrhunderts hervorgebracht haben. Sie brauchten stets die Unterscheidung, die Abgrenzung, den Anderen, die Differenz, um sich Identitätsmuster aufzubauen, die genau das kompensiert haben, was auch heute fehlt: Eindeutigkeit und Bestimmbarkeit einer sich modernisierenden Welt. Eine eigentümliche Kombination von bürgerlicher Emanzipation und nationalem und ethnischem Ressentiment scheint in allen europäischen Nationen jene Moderne kompensiert zu haben, in der das Leben radikal durcheinander gerät. Das dunkle Andere der Moderne gilt als überwunden - und taucht in Krisen doch wieder empor. Der Diskurs der Zivilgesellschaft mutet sich nicht zu, zu sehen, dass die schlagenden Banden in ihrer Mitte existieren. Nachdem, wie Nietzsche schon schrieb, die Mitte inzwischen überall ist, gilt auch, dass wir überall an Ränder, an das Marginalisierte stoßen. Wenn es gelänge, sowohl die unterstellte Zivilität als auch ihren Mangel als das eigene, als das Erbe jenes Nationalstaates zu sehen, dem trotz aller Rhetorik um Globalisierung und Kosmopolitismus kaum auszuweichen ist, wäre es zumindest möglich, den gesellschaftsstrukturellen Extremismus der mordenden, schlagenden und skandierenden Banden tatsächlich als etwas wahrzunehmen, was eben nicht außen steht und was sich nicht durch Appelle an die kognitive Einsicht in Toleranz und Menschlichkeit umschulden lässt. Es wäre dann vielleicht auch möglich, die Härte des Gesetzes nicht nur zu beschwören, sondern auch zur Anwendung zu bringen. Und vielleicht gelänge es dann auch, den Diskurs nicht nur als Selbstbestätigung der "guten" Gesellschaft zu führen. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass die zivilisatorische Eisdecke auch unserer postnationalistischen Welt sehr dünn ist und sich gegen kognitive Aufklärung geradezu immun zeigt. Das spricht nicht gegen solche Aufklärung, aber gegen die Selbstgerechtigkeit der Aufklärer.